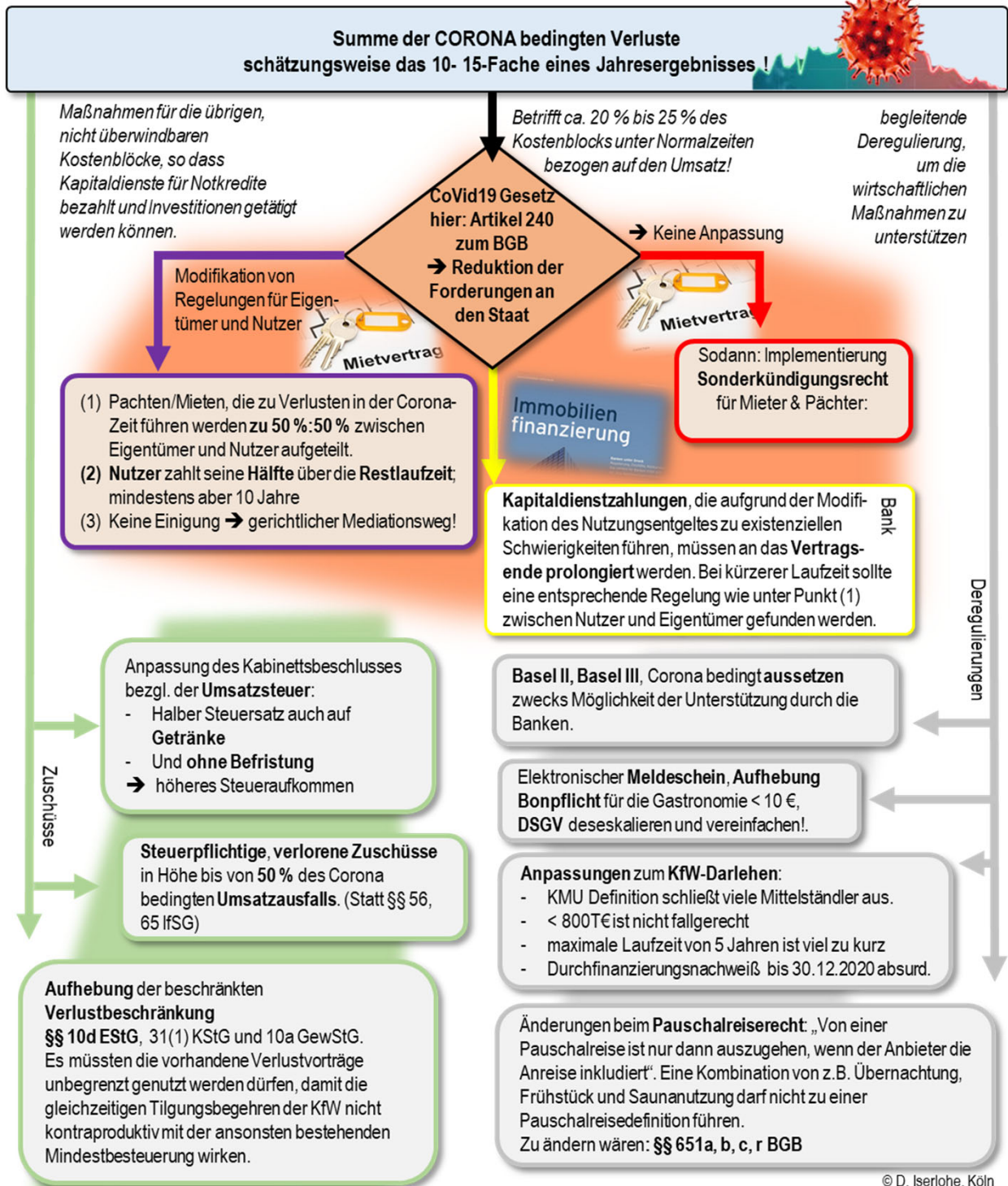


SOLIDARITÄTSPAKT, verlorene Zuschüsse und Deregulierungen zwecks Rettung der HOTELLERIE & GASTRONOMIE



Modifikation von Regelungen für Eigentümer und Nutzer

Mietvertrag

- (1) Pachten/Mieten, die zu Verlusten in der Corona-Zeit führen werden zu 50 %:50 % zwischen Eigentümer und Nutzer aufgeteilt.
- (2) Nutzer zahlt seine Hälfte über die Restlaufzeit, mindestens aber 10 Jahre
- (3) Keine Einigung → gerichtlicher Mediationsweg!

Sodann: Implementierung **Sonderkündigungsrecht** für Mieter & Pächter:

Kapitaldienstzahlungen, die aufgrund der Modifikation des Nutzungsentgeltes zu existenziellen Schwierigkeiten führen, müssen an das **Vertragsende prolongiert** werden. Bei kürzerer Laufzeit sollte eine entsprechende Regelung wie unter Punkt (1) zwischen Nutzer und Eigentümer gefunden werden.

Zuschüsse

Anpassung des Kabinettsbeschlusses bezgl. der **Umsatzsteuer**:

- Halber Steuersatz auch auf **Getränke**
- Und **ohne Befristung**

→ höheres Steueraufkommen

Steuerpflichtige, verlorene Zuschüsse in Höhe bis von 50 % des Corona bedingten **Umsatzausfalls**. (Statt §§ 56, 65 IfSG)

Aufhebung der beschränkten Verlustbeschränkung
§§ 10d EStG, 31(1) KStG und 10a GewStG.
Es müssten die vorhandene Verlustvorträge unbegrenzt genutzt werden dürfen, damit die gleichzeitigen Tilgungsbegehren der KfW nicht kontraproduktiv mit der ansonsten bestehenden Mindestbesteuerung wirken.

Deregulierungen

Basel II, Basel III, Corona bedingt aussetzen zwecks Möglichkeit der Unterstützung durch die Banken.

Elektronischer Meldeschein, Aufhebung Bonpflicht für die Gastronomie < 10 €, **DSG** deseskalieren und vereinfachen!

Anpassungen zum KfW-Darlehen:

- KMU Definition schließt viele Mittelständler aus.
- < 800€ ist nicht fallgerecht
- maximale Laufzeit von 5 Jahren ist viel zu kurz
- Durchfinanzierungsnachweiß bis 30.12.2020 absurd.

Änderungen beim **Pauschalreiserecht**: „Von einer Pauschalreise ist nur dann auszugehen, wenn der Anbieter die Anreise inkludiert“. Eine Kombination von z.B. Übernachtung, Frühstück und Saunanutzung darf nicht zu einer Pauschalreisedefinition führen.
Zu ändern wären: **§§ 651a, b, c, r BGB**

© D. Iserlohe, Köln